AZ: FBL I - Ko/Krö -

Drucksache Nr.: 1139/2003/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	13.03.2007	N	Kenntnisnahme
Ratsversammlung	27.03.2007	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister

Verhandlungsgegenstand:

Neufassung der Hauptsatzung

A n t r a g :

Die anliegende 3. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Neumünster vom 22.10.2003 wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

Mehrkosten in Höhe von ca. 6.000,00 Euro jährlich.

B e g r ü n d u n g :

1. § 16 b Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung wurde durch das Zweite Verwaltungsstrukturreformgesetz vom 14.12.2006 wie folgt geändert:

„Zur Erörterung wichtiger Angelegenheiten der Gemeinde kann eine Versammlung von Einwohnerinnen und Einwohnern einberufen werden.“
(Bisher: „beruft einmal im Jahr ein“.)

Diese Änderung trägt dem Umstand Rechnung, dass Einwohnerversammlungen gerade in größeren Gemeinden schwierig zu organisieren sind und nicht unerhebliche Kosten verursachen. In der Gesetzesbegründung wird ausgeführt, dass die Änderung „dem Standardabbau und der Entlastung der Kommunen dient“.

Der neuen Vorschrift folgend schlägt die Verwaltung vor, die Durchführung von Einwohnerversammlungen zukünftig (wieder) am Bedarf zu orientieren und § 15 Absatz 1 Satz 1 wie folgt neu zu fassen:

„Zur Erörterung wichtiger Angelegenheiten der Stadt kann die Stadtpräsidentin/der Stadtpräsident bei Bedarf zu einer Einwohnerversammlung einberufen.“

2. Die Landesverordnung über die Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern wurde mit Verordnung vom 10.11.2006 rückwirkend zum 01.10.2005 geändert. Grundlage hierfür ist § 135 Absatz 1 Nr. 5 der Gemeindeordnung, der eine Anpassungspflicht der Höhe der Entschädigung an die Preisentwicklung nach Ablauf der Hälfte der Wahlzeit begründet. Bei den in der Entschädigungsverordnung genannten Beträgen handelt es sich um Höchstbeträge, die nicht überschritten, sehr wohl aber unterschritten werden dürfen.

Die Höhe der Entschädigungen bei der Stadt Neumünster ist in § 16 der Hauptsatzung geregelt. Die zurzeit gültigen Beträge orientieren sich an der Entschädigungsverordnung und gelten seit 2003.

Die jetzt vorgesehenen Höchstbeträge liegen um knapp 3 % über den bisherigen Höchstbeträgen. Insofern wird vorgeschlagen, die in § 16 der Hauptsatzung genannten Beträge um diesen Prozentsatz (gerundet auf volle Euro) ab 01.04.2007 zu erhöhen und § 16 Abs. 1 Nr. 2, 3, 5 und 6 wie folgt neu zu fassen:

§ 16 Absatz 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„Ratsmitglieder erhalten eine monatliche pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 217,00 Euro.“

§ 16 Absatz 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

- „- unter a) wird die Angabe „1.000,00 Euro“ durch die Angabe „1.030,00 Euro“ ersetzt.
- unter b) wird die Angabe „200,00 Euro“ durch die Angabe „206,00 Euro“ ersetzt.
- unter c) wird die Angabe „100,00 Euro“ durch die Angabe „103,00 Euro“ ersetzt.
- unter d) wird die Angabe „230,00 Euro“ durch die Angabe „237,00 Euro“ ersetzt.
- unter e) wird die Angabe „115,00 Euro“ durch die Angabe „119,00 Euro“ ersetzt.
- unter f) wird die Angabe „250,00 Euro“ durch die Angabe „258,00 Euro“ ersetzt.“

§ 16 Absatz 1 Nr. 3 wird wie folgt geändert:

- “- unter a) wird die Angabe „105,00 Euro“ durch die Angabe „108,00 Euro“ ersetzt.
- unter b) wird die Angabe „135,00 Euro“ durch die Angabe „139,00 Euro“ ersetzt.
- unter c) wird die Angabe „180,00 Euro“ durch die Angabe „185,00 Euro“ ersetzt.

§ 16 Absatz 1 Nr. 5 und 6 werden wie folgt geändert:

“Die Angabe „25,00 Euro“ wird jeweils durch die Angabe „26,00 Euro“ ersetzt.“

Eine rückwirkende Erhöhung wird nicht empfohlen, da sie mit entsprechend höheren Kosten und einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden wäre.

Unabhängig davon steht es der Ratsversammlung selbstverständlich frei, zu beschließen, es bei den bisherigen Entschädigungsbeträgen zu belassen.

In der zur Beschlussfassung vorgelegten Neufassung der Hauptsatzung wurden die Änderungsvorschläge eingearbeitet. Zugleich wurde § 15 Abs. 2 – 4 entsprechend der vorgeschlagenen Neufassung des § 15 Absatz 1 Satz 1 redaktionell überarbeitet.

Unterlehberg
Oberbürgermeister

Anlagen:

- Hauptsatzung